

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main Liebigstraße 6

Verfasser: Dipl. Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 10. August 1970

Erscheint in der NACHRICHTEN -Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307. Für Abonnenten der NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis enthalten; Einzelpreis 1,50 DM.

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster.

Nr. 2/1970 (September)

Diese INFORMATIONEN erscheinen jeweils im März, Juni, September und Dezember. Zu bestimmten Entwicklungen und ausgewählten Komplexen erscheinen Sonderberichte.

Die INFORMATIONEN fassen unter einer festen Systematik wichtige Angaben zur Wirtschaftsentwicklung und zur ökonomischen Lage der Arbeiterklasse zusammen. Diese Systematik wird in allen laufenden Berichten durchgehalten. Die Grundtabellen werden in jeder Ausgabe, soweit die Angaben vorliegen, fortgeschrieben. Liegen keine neuen Daten vor, werden die Tabellen der letzten Ausgabe unverändert übernommen. Die Quellen sind jeweils vermerkt. Bei Angaben aus vorhergehenden Informationen wird verwiesen auf „INFO Nr. ... / 19...“.

Die gleichbleibende Systematik soll dem Leser die schnelle Orientierung und den Vergleich mit vorangegangenen Nummern erleichtern. Es ist beabsichtigt, neben den Grundinformationen das Schwergewicht bei der Behandlung eines jeden Gliederungspunktes auf aktuelle Entwicklungen zu legen. Bisweilen wird es jedoch nur möglich sein, Angaben

der vergangenen Nummern zu referieren.

Materialgrundlage dieser INFORMATIONEN sind Veröffentlichungen der amtlichen Statistik, staatlicher Behörden, bürgerlicher Wirtschaftsinstitute, der Unternehmerverbände usw. Es ist zu berücksichtigen, daß deren Kennziffern und Zahlenangaben häufig die Zusammenhänge verschleiern und die für die Arbeiterklasse ungünstigen Entwicklungen abmildern. Trotzdem können sie in vielen Fällen zur Grundlage einer Argumentation im Interesse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Forderungen gemacht werden.

Die INFORMATIONEN wenden sich in erster Linie an Gewerkschafter, Belegschaftsvertreter in den Betrieben, Betriebszeitungsredakteure usw. Sie erheben nicht den Anspruch auf eine umfassende Konjunkturanalyse. Sie wollen den Blick auf die für die Lage der Arbeiter und Angestellten und ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Forderungen wichtigsten Entwicklungstendenzen und Tatsachen lenken. Dazu sollen entsprechende statistische Angaben vermittelt werden.

Herausgeber und Verfasser bitten

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz pro Beschäftigten

2 Unternehmerrgewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Bildungswesen

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

um kritische Anmerkungen und Vorschläge. Wir werden bemüht sein, jede Kritik im Sinne der Verbesserung der INFORMATIONEN zu berücksichtigen.

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttozialprodukt (BSP) ist eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen. Es gibt in etwa an, wieviel Güter und Leistungen (ausgedrückt in DM) in der BRD innerhalb eines Jahres hervorgebracht werden. Das BSP enthält allerdings nicht nur die in dem jeweiligen Jahr neu geschaffenen Werte, sondern auch einen Teil des Wertes der in früheren Jahren entstandenen Produktionsmittel.

Das BIP weicht nur minimal vom Bruttozialprodukt (BSP) ab: Während das BSP jeweils die im Inland geschaffenen Werte erfaßt (gleichgültig ob von In- oder Ausländern), erfaßt das BIP diejenigen Werte, die im Inland verbleiben plus denjenigen, die vom Ausland ins Inland übertragen werden.

1969 betrug das BIP der BRD 601,4 Mrd. DM und teilte sich wie folgt auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche auf:

Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Anteile in %)

	Land- u. Forst- wirtschaft	Warenprod. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienst- leistg.	Staat, Haus- halte etc.
1965	4,3	54,1	19,3	12,7	9,7
1966	4,2	53,3	19,2	13,1	10,1
1967	4,1	51,8	19,5	14,0	10,6
1968	3,8	53,1	18,9	13,9	10,3
1969	3,6	53,9	18,4	13,8	10,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 68)

Das warenproduzierende Gewerbe, wozu Industrie, Handwerk, Baugewerbe, Bergbau usw. zählen, trägt also mit mehr als 50 Prozent zur Entstehung des BIP bei.

Die Veränderung des BIP (oder des BSP) zu jeweiligen Marktpreisen bezeichnet man als nominal, die zu konstanten Preisen (hier: von 1962) als real. Der Unterschied zwischen nominalem und realem Zuwachs zeigt das Ausmaß der Geldentwertung (Inflation) an. Das westdeutsche BIP veränderte sich zwischen 1965 und 1969 folgendermaßen:

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

	BIP in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	zu jeweiligen Preisen		zu Preisen v. 1962
1965	462,0	+ 9,4	+ 5,7
1966	492,1	+ 6,5	+ 2,8
1967	496,1	+ 0,8	— 0,3
1968	539,2	+ 8,7	+ 7,0
1969	601,4	+ 11,5	+ 7,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 68)

Gegenüber 1968 betrug also 1969 die Zunahme des BIP — unter Zugrundelegung der jeweiligen Marktpreise (nominal) 11,5 Prozent
— unter Zugrundelegung der Preise von 1962, d. h. unter Ausschaltung der laufenden Preissteigerungen (real) 7,9 Prozent
Dies war die höchste Zuwachsrates, die jemals in den 60er Jahren erreicht wurde.

Neueste Schätzungen gehen davon aus, daß das BSP 1970 gegenüber 1969 zu
— jeweiligen Preisen um 12 Prozent
— Preisen von 1960 um 5 Prozent

steigen wird. (Vgl. DIW-Wochenbericht, 18—19/1970, S. 132). Die vorliegenden Schätzungen lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß das BSP 1970 wahrscheinlich nominal stärker, real jedoch schwächer zunehmen wird als 1969. Hierbei dürfte der Anteil der Anlageinvestitionen weiterhin auf Kosten des privaten Verbrauchs steigen (siehe auch Teil 1.4).

Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik immer noch durch das Andauern der Konjunktur und vor allem der Inflation gekennzeichnet. Im Hinblick auf die Geldentwertung übertrifft das Jahr 1970 das Vorjahr, im Hinblick auf die reale wirtschaftliche Leistungssteigerung bleibt es jedoch hinter 1969 zurück.

1.2 Industrieproduktion

Die Industrie ist der mit Abstand führende Wirtschaftssektor der Bundesrepublik. 1969 war die Zunahme der industriellen Produktion mit 12,5 Prozent noch stärker als die des Sozialprodukts. Während der Bergbau und die Mehrheit der Konsumgüterindustrien unterhalb des industriellen Durchschnittszuwachses blieben, erreichten die meisten Zweige der Metallindustrie sowie die chemische Industrie z. T. wesentlich höhere Steigerungsrates als 12,5 Prozent. Die folgende Tabelle informiert über die industrielle Netto-
produktion (einschl. Bergbau und Bauhauptgewerbe):

Index der industriellen Nettoproduktion

	(1962 = 100) 1965	1966	1967	1968	1969	Verändrg. 1969 geg. 1968 in %
Industrie						
insgesamt	118,2	120,3	117,4	131,2	147,6	+ 12,5
Kohlenbergbau	96,7	91,0	83,5	85,2	86,5	+ 1,5
Eisensch.						
Industrie	112,6	108,2	112,4	128,8	145,2	+ 12,7
Chemische						
Industrie	135,4	148,7	161,6	189,0	216,9	+ 14,8
Maschinenbau	110,2	109,5	101,8	107,9	124,6	+ 15,5
Straßenfahrzeug- bau	123,3	127,0	108,4	135,4	164,3	+ 21,3
Elektrotechnische						
Industrie	123,8	122,6	120,2	141,4	166,3	+ 17,6
Textilindustrie	108,7	109,2	101,9	118,2	129,9	+ 9,9
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	115,2	118,8	121,4	128,2	134,1	+ 4,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1969, S. 86; 2/1970, S. 89)

In den ersten Monaten des Jahres 1970 entwickelte sich der Nettoproduktionsindex der Industrie wie folgt:

	Nettoproduktionsindex 1962 = 100	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969	1970	1969
März	143,8	158,5	15,4
April	150,2	159,1	14,9
Mai	154,4	171,0	17,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik; 1/1969, S. 15; 5/1970, S. 289; 7/1970, S. 413*)

Die Industrieproduktion steigt weiter an. Die Steigerungsrates sind jedoch nicht mehr so hoch wie 1969. Die nachstehende Tabelle zum Industrieumsatz (Betriebe mit mindestens 10 Beschäftigten, ohne Bauindustrie sowie ohne Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung; ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer) zeigt an, inwieweit der Absatz im Inland oder Ausland erfolgte:

Umsatz der Industrie

	1968	%	1969	%	Zunahme 1969 gegenüber 1968 in %
	in Mrd. DM		in Mrd. DM		
Gesamtumsatz	405,6	100	470,5	100	16,0
Inlandsumsatz	325,2	80,2	376,7	80,1	15,8
Auslandsumsatz	80,4	19,8	93,8	19,9	16,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 85)

1969 wie 1968 entfielen rund ein Fünftel des Industrieumsatzes auf den Export; hiervon wiederum rund 70 Prozent auf fünf Industriezweige:

Auslandsumsatz ausgewählter Industriezweige

	1968	1969		
	in Mrd. DM	in % des Auslands- umsatzes	in Mrd. DM	in % des Auslands- umsatzes
Maschinenbau	16,6	20,7	19,4	20,7
Straßenfahrzeugbau	13,3	16,5	15,4	16,4
Chemische Industrie	12,9	16,1	14,9	15,9
Elektrotechnische				
Industrie	8,1	10,0	9,5	10,1
Eisenschaffd. Industrie	5,2	6,5	6,4	6,8
Auslandsumsatz				
insgesamt	80,4	100,0	93,8	100,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 85)

In den ersten Monaten des Jahres 1970 verlief der Industrieumsatz in folgender Größenordnung:

1970	Zunahme in % gegenüber dem Vormonat			
	Umsatz insgesamt	Auslands-umsatz	Umsatz insgesamt	Auslands-umsatz
Februar	2,4	5,4	17,8	18,8
März	9,1	10,9	13,5	9,6
April	5,8	4,3	20,4	14,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/1970, S. 411*)

Der Industrieumsatz steigt weiter an. Jedoch bleibt offensichtlich 1970 (anders als im Vorjahr) der Zuwachs des Auslands- hinter dem des Inlandsumsatzes zurück.

Der Umfang der Auftragseingänge in der Industrie ist deshalb besonders hervorzuheben; denn die Aufträge der Gegenwart bilden Produktion und Umsatz der Zukunft.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Bauindustrie, öffentliche Energiewirtschaft):

	Auftragseingangs-index 1962 = 100		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969	1970	1969	1970
März	183	198	30,7	8,2
April	182	198	25,5	8,8
Mai	176	178	15,8	1,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/1969, S. 271*; 7/1970, S. 412*)

Im Vergleich zu 1969 fand zwar in allen drei angeführten Monaten des Jahres 1970 noch eine Zunahme statt. Gegenüber dem Vormonat jedoch stagnieren die April-Werte, und der Mai ist sogar durch einen Rückgang von 10 Prozent gekennzeichnet.

Dieser Auftragsrückgang im Mai betraf so gut wie alle Industriezweige, wobei die Abnahme gegenüber April bei der

- Chemischen Industrie mit — 7,8 Prozent
 - Maschinenbauindustrie mit — 12,5 Prozent
 - Automobilindustrie mit — 21 Prozent
 - Elektrotechnischen Industrie mit — 8,8 Prozent
 - Kunststoffverarbeitenden Industrie mit — 14,9 Prozent
 - Leder erzeugenden Industrie mit — 39,3 Prozent
 - Bekleidungsindustrie mit — 34,4 Prozent
- besonders augenfällig war.

Der Rückgang der Auftragseingänge und das unterdurchschnittliche Wachstum des Auslandsabsatzes lassen eine starke Erhöhung der Massenkaufkraft im Rahmen der laufenden Tarifrunde schon aus allgemeinen konjunkturellen Gründen geraten erscheinen: Auch die Rezession 1966/67 kündigte sich Mitte 1966 durch rückläufige Aufträge an, wovon allerdings aufgrund des damaligen Vietnam-Booms die Auslandsaufträge nicht betroffen waren. Diese Reserve steht gegenwärtig nicht mehr zur Verfügung. Darüber hinaus hat die Bundesregierung dazu beigetragen, die Kaufkraft der Arbeiterklasse durch die 10prozentige Lohnsteuervorauszahlung sowie durch die Tolerierung der Preis- und Mietsteigerungen zu schmälern.

Die Folgen einer derart heraufbeschworenen Rezession hätten (wie schon beim letzten Mal) die Arbeiter und Angestellten zu tragen. Zusammen mit ihren Gewerkschaften haben sie es jedoch in der Hand, durch eine breite Offensive an der Lohn- und Gehaltsfront die Gefahr der Rezession zu mindern.

1.3 Außenwirtschaft

Wie schon aus den Daten über den Auslandsabsatz der Industrie hervorgeht (vgl. Teil 1.2), hat sich die Außenorientierung der westdeutschen Wirtschaft ständig verstärkt. Besonders bemerkenswert ist, daß nicht nur der Waren- sondern auch der Kapitalexport stark anstieg. Eine positive

Handelsbilanz bedeutet, daß die Warenexporte die Warenimporte übertreffen; eine negative Kapitalbilanz, daß die Kapitalexporte die Kapitalimporte übertreffen.

Handels- und Kapitalbilanz (in Mrd. DM)

	Handelsbilanz	Saldo der Kapitalbilanz
1965	+ 1,2	+ 2,1
1966	+ 8,0	+ 0,7
1967	+ 16,9	+ 9,6
1968	+ 18,4	+ 6,8
1969	+ 15,6	+ 19,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1970, S. 85*)

1969 erreichten die Exporte der BRD einen Wert von 113,6 Mrd., die Importe einen von 98 Mrd. DM.

Die folgende Tabelle läßt die regionalen Schwerpunkte des westdeutschen Außenhandels erkennen:

Außenhandel nach Regionen

1969	Anteil am Export in %	Saldo der Handelsbilanz in Mrd. DM
Alle Länder	100,0	+ 15,6
Kapitalistische		
Industrieländer	78,1	+ 14,8
darunter EWG	39,8	+ 2,7
darunter EFTA	22,6	+ 10,4
darunter USA	9,4	+ 0,4
sozialistische Länder	4,5	+ 1,1
„Entwicklungsländer“	17,2	+ 0,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/1970, S. 67)

Fast vier Fünftel des Exports der BRD gehen in kapitalistische Industrieländer, wobei der Handel mit der Europäischen Freihandelszone EFTA (Mitglieder: Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich, Portugal; Finnland ist assoziiertes Mitglied) zwei Drittel des westdeutschen Exportüberschusses erbringt.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres entwickelten sich Handels- und Kapitalbilanz wie folgt:

In Mrd. DM	Januar 1969	Juni 1970
Saldo der Handelsbilanz	+ 6,7	+ 6,3
Saldo der Kapitalbilanz	+ 11,7	+ 0,2
darunter:		
langfristiger Kapitalverkehr	+ 9,3	+ 5,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/1970, S. 66*)

Trotz der Aufwertung hat sich also der Exportüberschuß (positive Handelsbilanz) bislang nur geringfügig verkleinert. Der Nettokapitalexport (negative Kapitalbilanz) ist demgegenüber gesunken. Die Ursachen hierfür liegen offensichtlich darin, daß

- das westdeutsche Zinsniveau sehr hoch ist,
- die D-Mark weiterhin aufwertungsverdächtig bleibt.

Beides führt dazu, daß kurzfristiges Spekulationsgeld aus dem Ausland zufließt und viele westdeutsche Kapitalisten ihre Mittel lieber im Inland anlegen — in Erwartung der (sicheren) Zinsgewinne und der (wahrscheinlichen) Aufwertungsgewinne. Im langfristigen Kapitalverkehr besteht jedenfalls weiterhin ein beachtlicher Exportüberschuß (5,2 Mrd. DM in der Periode Januar—Juni 1970).

Das Argument, die Aufwertung trage zur Inflationsbekämpfung bei, ist nicht haltbar. Die letzte Paritätsänderung hat die rapide Geldentwertung nicht verhindert, da die Struktur des Außenhandels auf diese Weise nicht geändert wer-

den kann, Handelsbilanzüberschüsse aber automatisch die Inflation infolge inländischen Gütermangels anregen.

Durch die hohen Exportüberschüsse, aus denen die Konzerne enorme Profite erzielen, wird das Güterangebot auf dem inneren Markt automatisch verringert. Dies wiederum erlaubt es den Unternehmen, auch hier über höhere Preise größere Profite zu erzielen. Die bislang nur geringfügig verringerten Exportüberschüsse sind also eine der Ursachen für die gegenwärtige Preisexplosion in der BRD. (Vgl. Teil 3.4)

1.4 Investitionen

Ein weiterer Anhaltspunkt für die allgemeine wirtschaftliche Situation ist die Investitionstätigkeit, insbesondere der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Seit 1965 ergibt sich für die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen) der Unternehmer und des Staates zusammen folgende Entwicklung:

Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

	BSP zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM	Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM	in % des BSP
1965	460,4	122,2	26,5
1966	490,7	126,3	25,8
1967	494,6	114,4	23,1
1968	538,5	124,8	23,2
1969	601,0	146,9	24,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 210*)

Zwischen 1967 und 1969 stieg also das Investitionsvolumen um mehr als 32 Mrd. DM. Die Zunahme ist vor allem 1969 beträchtlich (rund 22 Mrd. DM). Jedoch wurde der prozentuale Anteil am Sozialprodukt (siehe Teil 1.1) von 1965 (26,5 Prozent) auch 1969 (24,4 Prozent) noch nicht wieder erreicht. Das Absinken der Investitionstätigkeit 1967 war Ausdruck der Krise in jenem Jahr.

Die Entwicklung der Produktion und der Inlandsaufträge in den Investitionsgüterindustrien ist entscheidend für die gegenwärtige und zukünftige konjunkturelle Lage. Im Mai 1970 lag die Nettoproduktion der Investitionsgüterindustrie um 10,9 Prozent höher als im Vormonat und um 16,6 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres (Vgl. Wirtschaft und Statistik, 7/1970, S. 413*). Vor allem Konzerne und Staat sind bestrebt, den Anteil der Anlageinvestitionen am Sozialprodukt weiter zu steigern.

Hinsichtlich der Verwendung des BSP wird angenommen, daß 1970 der Anteil

- des privaten Verbrauchs 55,2 Prozent (gegenüber 55,3 Prozent 1969 und 55,9 Prozent 1968)
 - des Staatsverbrauchs 15,3 Prozent (gegenüber 15,5 Prozent 1969 und 15,5 Prozent 1968)
 - der Anlageinvestitionen 26,3 Prozent (gegenüber 24,4 Prozent 1969 und 23,2 Prozent 1968)
- erreichen wird (Vgl. Vierteljahresberichte des Ifo-Instituts, 2/1970, S. 12)

Was die Investitionshöhe der verarbeitenden Industrie zu einem erstrangigen konjunkturellen Faktor macht, ist der mit ihr verbundene Güterausstoß, dessen Umfang sich überproportional zu den Investitionen vergrößert. Insofern ist die Investitionsstruktur von elementarer Bedeutung dafür, inwieweit Überkapazitäten drohen oder nicht, d. h. in welchem Ausmaß bereits in der Aufschwungsphase der Keim einer kommenden Überproduktionskrise gelegt wurde.

Nach den Erhebungen des Ifo-Tests sind hinsichtlich des Wachstums der Bruttoanlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie für 1970 gegenüber 1969 nachstehende Raten als wahrscheinlich anzunehmen, wobei die Angaben für 1969/68 ebenfalls beachtlich sind:

Bruttoanlageinvestitionen der Industrie

	In Mrd. DM	Zunahme gegenüber dem		
	1969	1970	Vorjahr in %	1970
Verarbeitende Industrie	27,6	33,7	36	22
davon: Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	10,7	13,1	40	22
Investitionsgüterindustrie	9,7	12,5	45	29
Verbrauchsgüterindustrie	4,4	5,1	31	15
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2,8	3,0	6	6

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 27, 6. Juli 1970, S. 9)

Wie mehr als die Hälfte aller westdeutschen Unternehmen der verarbeitenden Industrie angaben, steht die Kapazitätserweiterung als Investitionsmotiv eindeutig im Vordergrund vor Rationalisierung und Ersatzbeschaffung. In diesem Zusammenhang sind dann auch die Größenveränderungen der Kapazitäten zu beachten. Die Entwicklung der tatsächlichen Produktionskapazitäten zwischen 1966 und 1969 sowie der entsprechenden Planungen (alles ohne Chemische Industrie) ergibt das folgende Bild:

Produktionskapazitäten der Industrie

	Zunahme gegenüber dem 1966	1967	1968	Vorjahr in % 1969	1970
Verarbeitende Industrie	7	4	6	8	8
davon: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	6	6	6	6	7
Investitionsgüterindustrie	6	3	6	9	9
Verbrauchsgüterindustrie	6	4	6	7	6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	9	7	7	7	6

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 27, 6. Juli 1970, S. 12)

Sollten die Planungen für 1970 realisiert werden, dann könnte ab 1971 ein paralleler Konjunkturverlauf zu 1965/1966/67 die Folge sein: der hohe Kapazitätswachstum 1965 ließ sich infolge der 1964 gesunkenen Kaufkraft der Masseneinkommen nicht mehr halten, so daß ein Rückgang der Kapazitätsausweitung vorgenommen wurde, der allerdings noch zu gering war, um die Überproduktionskrise Ende 1966 und 1967 zu verhindern.

Noch schwerwiegender muß sich die relativ starke Kapazitätsausdehnung 1969/70 im Verhältnis zur Kaufkraftlücke seit 1968 und den Lohnsteuervorauszahlungen ab 1. 7. 1970 auswirken. Die Politik der Bundesregierung, den Preisauftrieb durch weitere Reduzierung der Massenkaukraft mittels Zwangssparen zu stoppen, ist daher objektiv krisenfördernd. Selbst wenn die Schätzung der Bundesregierung zutrifft, daß aufgrund der Aussetzung der Steuerbegünstigung Investitionen in Höhe von 3 bis 4 Mrd. DM unterbleiben, so würde dies an der Entwicklung wenig ändern. Denn da Aufträge, die bis zum 5. 7. 1970 vergeben wurden, hiervon nicht betroffen sind, kommt diese Maßnahme in jedem Fall zu spät.

1.5 Beschäftigung

Auch im Jahre 1969 nahm der Anteil der Arbeiterklasse an der erwerbstätigen Bevölkerung weiter zu. 1969 waren von 26,6 Millionen Erwerbstätigen 21,8 Mio (= 82 %) Arbeiter, Angestellte und Beamte. Im einzelnen betrug die Zahl der — Arbeiter 12,4 Mio.

— Angestellten 7,5 Mio.

— Beamten 1,9 Mio.

(Vgl. Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 136)

In der Industrie entwickelte sich die Beschäftigung zwischen 1965 und 1969 wie folgt:

Industriebeschäftigung

	Industriebeschäftigte insgesamt in Mio	Veränderung in %	darunter Arbeiter	
			In Mio	Veränderung in %
1965	8,5	+ 1,9	6,6	+ 13
1966	8,4	— 0,9	6,5	— 1,9
1967	7,8	— 6,5	5,9	— 8,1
1968	7,9	+ 0,7	6,0	+ 0,7
1969	8,3	+ 5,2	6,3	+ 5,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 156)

Obwohl sich 1969 die Zahl der Industriebeschäftigten um mehr als 5 Prozent erhöhte, wurde der Stand von 1965 noch nicht wieder erreicht. Besonders an der Beschäftigung zeigte sich, wie schwer die Folgen einer Überproduktionskrise im Kapitalismus (in diesem Falle 1966/67) zu überwinden sind.

In den ersten Monaten des Jahres 1970 nahm die Industriebeschäftigung erneut zu. Und im März 1970 wurde auch der Beschäftigungsstand des Jahres 1965 wieder erreicht:

	Industriebeschäftigte in Mio		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969	1970	1969	1970
Februar	8,1	8,5	+ 3,8	+ 4,9
März	8,2	8,6	+ 5,1	+ 4,8
April	8,2	8,6	+ 5,1	+ 4,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/1969, S. 268; 7/1970, S. 411*)

Die Zunahme der Beschäftigtenzahlen entfällt zu einem großen Teil auf ausländische Arbeitskräfte: Im März 1970 waren etwa 1,67 Mio in der BRD beschäftigt — gegenüber 1,23 Mio im März 1969 und 0,95 Mio im März 1968. (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 7/1970, S. 483; Sondernummer vom 4. 8. 1970, S. 8).

Im 1. Halbjahr 1970 entwickelten sich die Zahlen der Arbeitslosen und der offenen Stellen (in 1000) wie folgt:

	Arbeitslose (I)		offene Stellen (II)		Differenz (II) — (I)	
	1969	1970	1969	1970	1969	1970
April	155	121	763	846	608	725
Mai	123	103	807	860	684	757
Juni	111	95	848	892	737	797

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/1970, 335; 7/1970, S. 405*)

Die weitere Anspannung der Arbeitsmarktsituation, die diese Tabelle erkennen läßt, hat sich freilich im Juli nicht fortgesetzt. Normalerweise erfolgt in diesem Monat saisonbedingt eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen und eine Erhöhung der Zahl der offenen Stellen. Im Juli 1970 war es genau umgekehrt (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7. 8. 1970):

- die Zahl der Arbeitslosen (I) stieg auf 98 600,
- die Zahl der offenen Stellen (II) sank auf 872 200,
- die Differenz (II) — (I) sank auf 773 600.

Eine ähnliche saisonale Entwicklung war bisher in der BRD lediglich im Juli 1966 — vor Beginn der Rezession — zu beobachten.

1.6 Umsatz pro Beschäftigten

Bereits ein Vergleich der Zahlen über den Industrieumsatz und die Industriebeschäftigung (vgl. Teil 1.2 und 1.5) läßt erkennen, daß die Zunahme der industriellen Produktion weniger die Folge einer zunehmenden Beschäftigung, als vielmehr Folge der wachsenden Arbeitsproduktivität und -intensität war. Die folgende Tabelle über die Ent-

wicklung der Beschäftigung, der Investitionen und des Umsatzes in den Jahren 1965—1969 veranschaulicht diesen Sachverhalt:

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie

	Beschäftigte in Mio	Umsatz in Mrd. DM (Monats- durchschnitt)	Umsatz pro Be- schäftigt. in 1000 DM (Monats- durchschnitt)
1965	8,5	31,2	3,7
1966	8,4	32,3	3,9
1967	7,8	31,7	4,0
1968	7,9	33,8	4,3
1969	8,3	39,2	4,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/1969, S. 267; 7/1970, S. 410; Vierteljahresberichte des Ifo-Instituts, 2/1970, 1. Beilage, S. 2,5)

Diesen absoluten Zahlen entsprechen folgende prozentualen Veränderungen:

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % Beschäftigte	Umsatz	Umsatz pro Beschäftigten
1966	— 0,9	+ 3,6	+ 4,5
1967	— 6,5	+ 1,9	+ 4,9
1968	+ 0,7	+ 6,5	+ 5,8
1969	+ 5,2	+ 16,0	+ 10,3

In den ersten Monaten des laufenden Jahres zeigten sich folgende Entwicklungstendenzen:

	Umsatz pro Be- schäft. in 1000 DM	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Be- schäft.
1970				
Februar	4,6	+ 4,7	+ 17,8	+ 12,5
März	5,0	+ 4,5	+ 13,5	+ 8,6
April	5,3	+ 4,3	+ 20,3	+ 15,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/1970, S. 410*)

In diesen Ziffern kommt nicht nur die zunehmende Aktivität der Industrie zum Ausdruck, sondern ebenso die wachsende Beanspruchung der Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten. Gegenüber 1969 ist hinsichtlich des Umsatzes pro Beschäftigten 1970 eine weitere Steigerung festzustellen.

2 Unternehmensgewinne

2.1 Bruttogewinne

Die amtliche Statistik weist die Globalziffer „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ aus. In dieser Ziffer sind auch die entsprechenden Einkommen des Staates und der Selbständigen enthalten. Es ist zu berücksichtigen, daß die etwa 2,9 Millionen Personen umfassende Gruppe der Selbständigen sehr uneinheitlich ist. Ihr gehören der kleine Gewerbetreibende ebenso wie der Großunternehmer an. Zwischen 1965 und 1969 entwickelte sich das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der BRD wie folgt:

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1965	125,3	+ 8,1
1966	129,5	+ 3,4
1967	127,1	— 1,9
1968	149,3	+ 17,5
1969	160,0	+ 7,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 69)

Insgesamt stiegen die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zwischen 1965 und 1969 um 26,9 %.

2.2 Nettogewinne

Aussagekraft über die tatsächliche Steigerung und den Umfang der Gewinne besitzen annäherungsweise die Angaben über die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1965	96,1	+ 10,3
1966	99,3	+ 3,4
1967	97,2	— 2,1
1968	116,8	+ 20,2
1969	123,9	+ 6,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 71)

Insgesamt stiegen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zwischen 1965 und 1969 um 28,9%. Vergleicht man für die Periode 1965—1969 die Einkommen der Unternehmer und der Lohnabhängigen (siehe auch Teil 3.1 und 3.3), so ergibt sich das folgende Bild:

- Bei den Unternehmern stiegen die Nettoeinkommen um 28,9%, bei den lohnabhängig Beschäftigten um 22,7%.
- Bei den Unternehmern stiegen die Nettoeinkommen schneller als die Bruttoeinkommen (+ 28,9% gegenüber + 26,9%). Im Gegensatz dazu stiegen die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit langsamer als die Bruttoeinkommen (+ 22,7% gegenüber + 30,2%). Die Ursache dafür ist die Steuerpolitik des Staates: Sie begünstigt die Unternehmer und benachteiligt die lohnabhängig Beschäftigten.

Unter den 2,9 Millionen registrierten Selbständigen sind sowohl Bauern, Händler, Handwerker, freiberuflich Tätige wie auch Großunternehmer erfaßt. Ihr statistisches Durchschnittseinkommen belief sich 1969 auf 43 500 DM; das sind monatlich 3625 DM.

Was sich hinter dieser Durchschnittszahl verbirgt, zeigt eine Einkommenserhebung für die 1,774 Millionen registrierten, nicht in der Landwirtschaft tätigen Selbständigen. Von ihnen verfügten 75% nur über ein Monatseinkommen bis 1800 DM (darunter 15,4% unter 600 DM, 14,5% 600—800 DM, 25,6% 800—1200 DM). Wie die Aufschlüsselung zeigt, hatten 55,5% sogar nur ein Monatseinkommen unter 1200 DM. Bezieht man die Selbständigen der Landwirtschaft in die Rechnung ein, so erhöht sich der Anteil der unteren Einkommensgruppen noch beträchtlich.

Die Hauptmasse der Selbständigeneinkommen konzentriert sich also auf eine zahlenmäßig kleine Schicht der Unternehmer und hier wiederum insbesondere auf die zahlenmäßig noch kleinere Gruppe der Großunternehmer. Deren Profite stiegen am schnellsten.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die Angaben über die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Bruttolohn- und -gehaltssumme) spiegeln auch die Entwicklung der Beschäftigung, der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden u. a. wider. Sie geben deshalb kein exaktes Bild der Prokopf-Bruttoeinkommen. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit beliefen sich zwischen 1965 und 1969 auf:

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

	in Mrd. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1965	230,0	10,3
1966	247,6	7,6
1967	248,0	0,2
1968	266,0	7,3
1969	299,4	12,5
1. Hj. 1969	141,0	11,7
2. Hj. 1969	158,4	13,3
1. Vj. 1969	59,2	9,8
1. Vj. 1970	68,9	16,4

(Quellen: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 68; 3/1970, S. 206; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1970, S. 65*)

Bezieht man die vorläufigen Ergebnisse für das 1. Vierteljahr 1970 in die Betrachtung ein, so ergibt sich gegenüber 1969 eine Steigerung der Bruttolohn- und -gehaltssumme um 16,4 Prozent.

Es zeigt sich, daß vor allem im 2. Halbjahr 1969 die Arbeiter und Angestellten Lohnerhöhungen erzielen konnten und weiterhin auch zu Beginn des Jahres 1970 sowohl Lohnerhöhungen wirksam wurden, als auch die Beschäftigung weiter zunahm. (Siehe Teil 1.5)

Die monatlichen Prokopf-Bruttoeinkommen ergeben ein anderes Bild:

Durchschnittsbruttolohn und -gehalt (monatlich) je beschäftigten Arbeitnehmer

	in DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1965	775	+ 9,0
1966	831	+ 7,2
1967	857	+ 3,2
1968	909	+ 6,1
1969	994	+ 9,3
1969 1. Hj.	941	+ 7,9
1969 2. Hj.	1046	+ 10,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70; 3/1970, S. 207*)

Es ist somit offenbar, daß der prozentuale Bruttolohnzuwachs je Beschäftigten in der Aufschwungperiode 1968/69 geringer war als der der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die Summe verteilt sich auf eine größere Beschäftigtenzahl.

Diese Feststellung trifft auch für 1970 zu. Das Wachstum für das 1. Vierteljahr 1970 im Vergleich zum 1. Vierteljahr 1969 betrug 14,4 Prozent (DIW-Wochenbericht, Nr. 27/1970, S. 194).

Gleichzeitig hat das infolge des Drucks der Belegschaften und der günstigen Wirtschaftssituation erzielte verhältnismäßig starke Anwachsen der Bruttoeinkommen die Differenz zwischen Tarif- und Effektivverdiensten weiter vergrößert.

Die folgenden Gegenüberstellungen beruhen auf Berechnungen der Veränderung der Effektiv- und Tarifverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen. Es wird die Differenz zwischen der Veränderungsrate der Effektivverdienste und der Veränderungsrate der Tarifverdienste gebildet. Ist die Differenz (auch Lohndrift genannt) positiv, so heißt dies, daß die Effektivverdienste stärker stiegen als die Tarifverdienste. Für 1968, 1969 und das 1. Vierteljahr 1970 ergaben sich folgende Differenzen:

	Arbeiter	Angestellte
1. Vj. 1968	+ 2,0	+ 1,9
2. Vj. 1968	+ 4,2	+ 2,5
3. Vj. 1968	+ 3,7	+ 2,8
4. Vj. 1968	+ 3,7	+ 3,9
1. Vj. 1969	+ 0,9	+ 3,0
2. Vj. 1969	+ 3,3	+ 3,5
3. Vj. 1969	+ 4,4	+ 3,2
4. Vj. 1969	+ 4,2	+ 5,4
1. Vj. 1970	+ 5,2	+ 2,6

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 27/1970, S. 195)

Die Lohndrift war bei Arbeitern im 1. Vierteljahr 1970 größer als 1968 und 1969, d. h. die Tariflöhne hinken immer mehr hinter den Effektivlöhnen her.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1970 kam es zu folgenden durchschnittlichen tariflichen Stundenlohn- bzw. Monatsgehaltserhöhungen (April 1970 im Vergleich zu Januar 1970):

— bei Arbeitern +10,1 Prozent
— bei Angestellten + 10,5 Prozent
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 11: Index der Tariflöhne und -gehälter April 1970, August 1970, S. 4).

In einigen Tarifbereichen wurden Anrechnungsklauseln durchgesetzt, die einen Teil der tariflich nicht erfaßten Effektivverdienste absichern. Diese Spannen sind in den folgenden Angaben über die wichtigsten Tarifabschlüsse der letzten Monate enthalten:

Neuere Tarifabschlüsse in wichtigen Wirtschaftsbereichen

Tarifbereich	Durchschnittliche Erhöhung der tariflichen Stundenverdienste		Durchschnittliche Erhöhung der tariflichen Stundenverdienste seit Sept. 1969 in %
	in Kraft ab	%	
Chemische Industrie verschiedene	1. 4./1. 5. 1970	16,5 1)	24,5 1)
Regionalbereiche Textilindustrie Bundesgebiet ohne Westfalen	1. 4./1. 6. 1970	15 2)	15 2)
Bekleidungsindustrie verschiedene	1. 4./1. 5. 1970	15 2)	15 2)
Regionalbereiche Bauhauptgewerbe Bundesgebiet	1. 5. 1970	10	19,5
Steinkohlenbergbau Ruhrgebiet und Saarland	1. 6. 1970	8	28 4)
Metallindustrie Bundesgebiet	1. 7. 1970	3,5 3)	12 4)

1 Einschl. 5 Prozent kostenneutraler Voranhebung. — 2 Einschl. 2,5 Prozent Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen. — 3 Vermögenswirksame Leistungen. — 4 Einschl. vermögenswirksamer Leistungen.

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1970, S. 35)

Nach wie vor existieren jedoch auch in diesen Bereichen beträchtliche tarifvertraglich nicht abgesicherte Lohnbestandteile. Eine offensive betriebsnahe Tarifpolitik wurde bisher von den Gewerkschaften nicht praktiziert.

3.2 Steuern und Abgaben

Der erhebliche Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter schlägt sich nur zum Teil in einer Nettoeinkommenserhöhung nieder. Nicht allein die von Jahr zu Jahr gesteigerten Abgabensätze der Sozialversicherung reduzieren die Bruttoverdienste spürbar, hinzu kommt die unsocial gestaltete Lohnsteuer, die bei Lohnerhöhungen die Einkommen in eine verstärkte Steuerprogression geraten läßt. In den vergangenen Jahren waren die Steigerungen beträchtlich:

	Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialvers. in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %	Lohnsteuer in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %
1965	18,72	11,6	15,88	1,3
1966	20,69	10,5	18,79	18,3
1967	21,13	2,1	19,11	1,7
1968	23,61	11,7	21,85	14,3
1969	27,45	16,3	26,93	23,2
1969 1. Hj.	12,88	13,8	10,59	21,3
1969 2. Hj.	14,57	18,6	16,34	24,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 208*)

Für 1968 und 1969 (und hier wiederum insbesondere für das 2. Hj.) ist eine besonders starke Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer offensichtlich.

Legt man für das 1. Vierteljahr 1970 die Angaben der Deutschen Bundesbank zugrunde, so mußten die Beschäftigten an Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer 13,9 Milliarden abführen. Dies bedeutet eine Zunahme von 25 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Diese Abzüge machten im 1. Vierteljahr 1970 19,9 Prozent der Bruttolohn- und -gehaltssumme aus gegenüber 18,8 Prozent im 1. Vierteljahr 1969 (errechnet nach: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/1970, S. 65*).

Individuell hatte — nach dem Sozialbericht 1970 der Bundesregierung — bei einem Bruttomonatsverdienst von 990,— DM z. B. ein Arbeiter und Angestellter prozentual folgende Gesamtabzüge:

	Ledige	Verheiratete mit 1 Kind	Verheiratete mit 3 Kindern
Arbeiter	28,9	23,6	17,5
Angestellter	25,9	22,6	16,5

Bekanntlich haben sich die Abgaben der Arbeiter und Angestellten durch das Gesetz über einen Konjunkturzuschlag — einschließlich der Lohnsteuervorauszahlung — vom Juli 1970 weiter vergrößert. Wer zum von der Regierung verkündeten Zweck der wirtschaftlichen Stabilisierung in erster Linie zur Kasse gebeten wurde, geht aus den veranschlagten finanziellen Ergebnissen dieses Gesetzes hervor. Für 1970 und 1971 erwartet die Bundesregierung daraus folgende zusätzliche Aufkommen:

	1970 in Mrd. DM	in %	1971 in Mrd. DM	in %
Lohnsteuer	1,1	45,8	1,6	57,1
Veranlagte Einkommensteuer	0,8	33,3	0,7	25,0
Körperschaftsteuer	0,5	20,8	0,5	17,8
insgesamt	2,4	100,0	2,8	100,0

(Quelle: BMF-Finanznachrichten, Nr. 230, 1970, S. 10)

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen also zusätzlich 2,7 Milliarden DM aufbringen — weit über die Hälfte der veranschlagten Gesamtsumme. Damit wird eine Tendenz offensichtlich, die auch in den vorhergehenden Jahren wirksam war: Die stärkere direkte Besteuerung der Arbeiterklasse im Verhältnis zur direkten Besteuerung der Unternehmer und der anderen Selbständigen.

Vergleicht man die Entwicklung der Lohnsteuer mit der jener Steuern, die die Unternehmer und anderen Selbständigen direkt belasten (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer), so ergibt sich eine offene Benachteiligung der Arbeiterklasse:

	Insgesamt	Lohn-	Veranlagte Einkommen-	Körperschaft-	Kapitalertragsteuer
1966	44,3	19,1	16,1	7,7	1,5
1967	43,9	19,6	15,8	7,1	1,5
1968	48,4	22,1	16,3	8,6	1,5
1969	56,7	27,1	17,0	10,9	1,7
1969, Jan.—Mai	17,6	9,5	4,7	2,9	0,6
1970, Jan.—Mai	19,2	12,1	4,0	2,3	0,8

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
1966	+ 13,8	+ 8,6	— 5,9	+ 7,8	
1967	+ 2,6	— 1,8	— 8,1	+ 0,9	
1968	+ 12,9	+ 3,1	+ 21,1	+ 4,8	
1969	+ 22,5	+ 4,4	+ 27,5	+ 11,4	
1970, Jan.—Mai	+ 27,4	— 15,4	— 18,4	+ 32,1	

(Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1970, S. 52*; BMF-Finanznachrichten, Nr. 226, 1970, S. 6)

Aus diesen Zahlen ergibt sich im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1969 eine merklich höhere Belastung der Löhne und Gehälter gegenüber den Unternehmer- und Kapitaleinkommen, und zwar im Verhältnis von 13 Prozent Lohn- zu 3,6 Prozent veranlagte Einkommen-, zu 8,5 Prozent Körperschaft- und zu 6,2 Prozent Kapitalertragsteuer. Diese Tendenz scheint sich auch im laufenden Jahr unvermindert fortzusetzen.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die **Nettolohn- und -gehaltssumme** ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Abzug der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, der zusätzlichen sozialen Aufwendungen und der Lohnsteuer.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	Nettolohn- und -gehaltssumme in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1965	168,53	+ 11,4
1966	178,48	+ 5,9
1967	177,65	— 0,5
1968	187,29	+ 5,4
1969	206,72	+ 10,4
1969 1. Hj.	98,93	+ 9,7
1969 2. Hj.	107,79	+ 11,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70; 3/1970, S. 206*)

Der Vergleich der jährlichen Zuwachsraten zeigt, daß die Nettolohnsumme beträchtlich langsamer wuchs als die Bruttolohnsumme (siehe auch Teil 3.1):

- 1968 um 5,4 % gegenüber 7,3 %,
- 1969 um 10,4 % gegenüber 12,5 %,
- im 2. Halbjahr 1969 um 11,0 % gegenüber 13,3 %.

	Nettolohn- und -gehaltssumme in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1968 1. Vj.	44,7	+ 1,8
1969 1. Vj.	48,1	+ 7,7
1970 1. Vj.	55,2	+ 14,8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/1970, S. 65*)

Aufgrund der Lohnsteuerprogression und der steigenden Abgaben für Sozialversicherung (siehe Teil 3.2) sind die Nettoeinkommen der Beschäftigten im 1. Vierteljahr 1970 um 13,7 Mrd. DM hinter den Bruttoverdiensten zurückgeblieben. Seit 1968 bedeutet dies im vergleichbaren Zeitraum den größten Abstand zwischen beiden Einkommensarten (1. Vierteljahr 1968 9,3 Mrd. DM; 1. Vierteljahr 1969 11,1 Mrd. DM).

Erfahrungsgemäß steigen die Arbeiter- und Angestelltenverdienste im 2. Halbjahr rascher als in der 1. Jahreshälfte, so daß Brutto- und Nettoeinkommen 1970 stärker als je zuvor auseinanderfallen werden. Deshalb werden die Bruttoangaben über die Entwicklung der Löhne und Gehälter, mit denen vorzugsweise die Unternehmerverbände zu argumentieren pflegen, immer fragwürdiger.

Obwohl zur Zeit Daten über die monatlichen **Pro-Kopf-Nettoeinkommen** für 1970 noch nicht vorliegen, deutet alles (siehe Teil 3.1, 3.2) darauf hin, daß die Differenz zu den monatlichen Bruttoeinkommen stärker sein wird als in der Vergangenheit.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer

	Monatsdurchschnitt in DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1965	643	+ 9,9
1966	680	+ 5,8
1967	699	+ 2,8
1968	732	+ 4,7
1969	787	+ 7,6
1969 1. Hj.	760	+ 6,6
1969 2. Hj.	813	+ 8,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70; 3/1970, S. 207*)

Die schon bei den Bruttoeinkommen (siehe Teil 3.1) sichtbar gewordenen Differenzierungen sind bei den Nettoeinkommen noch offensichtlicher:

- 80,3 % aller Arbeiter bezogen im März 1969 ein Einkommen unter 800 DM; 43,6 % sogar unter 600 DM
 - 55,9 % aller Angestellten und 22,8 % aller Beamten fielen ebenfalls in die Einkommenskategorie unter 800 DM.
- Mehr als 88 % aller Arbeiterinnen und mehr als 57 % aller weiblichen Angestellten verdienten nach der gleichen Untersuchung im März 1969 weniger als 600 DM. (Siehe Info 1/1970, Teil 3.3)

3.4 Preise

Obschon in der gegenwärtigen Phase des Wirtschaftszyklus Änderungstendenzen wirksam werden, bleibt die Inflationsrate unverändert hoch. Anfang Juli 1970 gab das Statistische Bundesamt eine weitere Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von Mitte Mai bis Mitte Juli 1970 um 0,3 Prozent bekannt. Damit erhöhten sich die Preise von Juni 1969 bis Juni 1970 um 3,8 Prozent.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten verlief indes, bezogen auf die verschiedenen Ausgabengruppen, nicht gleichmäßig. Gerade bei Mieten, Gas, Elektrizität und Brennstoffen war die Steigerung von Juni 1969 bis Juli 1970 überdurchschnittlich hoch. Diesen Ausgaben können die Verbraucher aber nicht ausweichen, so daß die Belastungen der Haushalte vor allem der Rentner (zugrundegelegte Durchschnittsausgaben 310 DM) naturgemäß stärker wachsen als der Haushalte mit sogenannten höheren Einkommen (1528 DM Lebenshaltungsausgaben). Dies zeigt die nachstehende Übersicht:

Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung von Juni 1969 bis Juni 1970 in Punkten (1962 = 100)

- Angestellte und Beamte mit höherem Einkommen + 4,4
- Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen + 4,4
- Renten- und Sozialhilfeempfänger + 4,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Nr. 7/1970, S. 447*, 448*)

Die Preissteigerungen belasten also in erster Linie die Renten- und Sozialhilfeempfänger sowie die unteren Einkommensgruppen der Arbeiter und Angestellten.

Die nachstehende Tabelle informiert über die Preisentwicklung bis Juni 1970:

	Lebenshaltungskosten	(Index 1962 = 100) Wohnungs-miete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Kraftfahrzeuge, Fahrräder
1965	108,7	117,8	107,1	99,6
1966	112,7	127,1	108,4	101,3
1967	114,6	135,7	109,9	101,6
1968	116,4	146,0	116,7	102,0
1969	119,5	156,6	118,7	102,7
Juni 1969	119,6	156,8	115,4	102,5
Juni 1970	124,2	162,9	125,7	106,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/1970, S. 447* und 449*)

- Zwischen Juni 1969 und Juni 1970 stieg der Preisindex
- der Lebenshaltung um 4,6 Punkte
 - der Wohnungsmieten um 6,1 Punkte
 - von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um 10,3 Punkte.
 - von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern um 4,3 Punkte.

Eine spürbare Senkung des Preisniveaus ist aus zwei Gründen nicht abzusehen: die monopolistische, kartellmäßige Preispolitik der Unternehmer erfährt auch von der derzeitigen Bundesregierung keine gesetzliche Einschränkung und die angekündigte Heraussetzung des Rüstungsetats um über 10 Prozent im Bundeshaushalt 1971 wird zwangsläufig zu einer weiteren Verschärfung der inflationistischen Entwicklung führen.

3.5 Reallohnentwicklung

Die Einkommenssituation der Arbeiterklasse kann nicht allein anhand der jeweiligen Brutto- oder Nettolöhne (Nominallohne) beurteilt werden. Letzten Endes entscheidend ist deren reale Kaufkraft, d. h. der Reallohn.

Die Reallohnsteigerungen errechnen sich aus der Differenz zwischen den Steigerungen der (nominalen) Nettolöhne und denen der Lebenshaltungskosten.

Eine derartige Berechnung für das 1. Hj. 1970 ist gegenwärtig nicht möglich, da die entsprechenden Daten noch nicht vorliegen. Es sei deshalb nochmals auf die Schätzungen für 1969 (siehe: INFO 1/1970, Teil 3.5) verwiesen.

Die Durchschnittsnettolöhne (siehe Teil 3.3) stiegen von 1968 bis 1969 um 7,6 %. Betrachtet man die beiden Jahre 1968 und 1969, so stiegen sie um 12,3 %.

Der Lebenshaltungskostenindex stieg von 1968 bis 1969 um 2,7 % und von 1967 bis 1969 um 4,3 % (siehe Teil 3.4).

Hieraus ergäbe sich rein statistisch eine Reallohnsteigerung für 1969 von 4,9 %, für den Zweijahreszeitraum 1968/69 von 8,0 %. Die durchschnittliche Steigerung für die letzten beiden Jahre lag nur um 4 %.

Durch die Tatsache, daß gerade der Lohnzuwachs in die Lohnsteuerprogression gerät, können im Durchschnitt etwa ein Viertel des Zuwachses für Abzüge an Sozialversicherung und Lohnsteuer veranschlagt werden. Schließlich sind die Preissteigerungen zu berücksichtigen. Wird eine Entwertung der Löhne bzw. eine Preissteigerung von etwa 4 bis 5 Prozent in Ansatz gebracht, so bewirkt nach dieser groben Schätzung 15 Prozent Lohnerhöhung noch nicht einmal oder nicht viel mehr als eine sechsprozentige Erhöhung der Kaufkraft der Effektivverdienste.

3.6 Arbeitszeit

Vergleiche der Brutto-, Netto- oder Realmonats- oder -wochenlöhne können nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklung der jeweiligen Arbeitszeiten durchgeführt werden. Ein zutreffendes Bild ergibt sich nur dann, wenn die für gleiche Stundenzahlen gezahlten Löhne bzw. Gehälter verglichen werden.

Seit 1965 ergab sich folgende Veränderung:

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Arbeiter in der Industrie

	männlich	weiblich	insg.
1965 D	45,1	41,4	44,3
1966 D	44,7	41,1	43,9
1967 D	43,0	39,8	42,3
1968 D	44,0	40,6	43,3
1969 D	44,8	41,0	44,0
1969 Jan.	43,9	40,7	43,2
April	44,8	41,2	44,1
Juli	45,1	41,1	44,3
Oktober	45,2	41,3	44,4

(Quelle: Wirtschafts und Statistik, 4/1970, S. 272* und Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Hfd.)

Bemerkenswert ist das Ansteigen der Stundenzahlen mit dem Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere 1969. 1969 war die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter 0,7 Std. länger als 1968 und 1,7 Std. länger als 1967. Die tarifliche Arbeitszeit beträgt in weiten Bereichen 40 Stunden. Es wurden also beträchtliche Überstunden geleistet.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit war 1969 gegenüber 1968 um 1,6 % und gegenüber 1967 um 4,0 % gestiegen.

Die verglichen mit 1968 um etwa 4,9 % und mit 1967 um etwa 8,0 % höheren Reallohne wurden 1969 durch zusätz-

liche höhere Stundenzahlen von 1,6 % bzw. 4,0 % erzielt. Vergleichbare Zahlen für das 1. Hj. 1970 lagen zur Zeit der Fertigstellung dieses Berichtes noch nicht vor.

3.7 Bildungswesen

Der Lebensstandard der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten kann nicht allein nach der Höhe der jeweiligen Arbeitseinkommen bemessen werden. Er wird auch beeinflusst durch das Bildungs- und Kulturniveau, den Gesundheitszustand, die Wohnverhältnisse, die Arbeitsbedingungen, das Ausmaß der ausgeübten politischen und sozialen Rechte usw.

Besonders der Entwicklungsstand des Bildungs- und Gesundheitswesens ist für den Lebensstandard der Arbeiterklasse von außerordentlich großer Bedeutung.

Das Bildungsniveau bestimmt weitgehend die Anpassungsfähigkeit an die steigenden und wechselnden Anforderungen des Arbeitsprozesses. Je geringer das Bildungsniveau, desto größer ist beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, daß der Reallohn bei zunehmendem Alter absinkt.

Die folgende Tabelle informiert über einige zentrale Komponenten des Bildungswesens in der BRD und in der DDR:

Angaben zum Bildungswesen in der BRD und DDR	BRD	DDR
Hochschüler pro 10 000 Einwohner 1968	47,8	64,7
Weiblicher Anteil an den Hochschülern in % 1968	24,3	31,7
Berufsschüler pro Lehrer 1967	71,7	30,9
Schüler pro Lehrer an allgemeinbildenden Schulen insg. 1967	29,2	19,7

(Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1969, S. 25, S. 76 f., S. 79; Statistisches Jahrbuch der DDR 1969, S. 373, S. 377, S. 388.)

Die Rubrik „Hochschüler pro 10 000 Einwohner“ gibt an, ein wie großer Teil der Bevölkerung eine Universitätsausbildung erhält. In dieser Hinsicht hat die DDR die BRD überflügelt. Das gleiche gilt für den weiblichen Anteil an den Studierenden.

Die „Anzahl der Berufsschüler pro Lehrer“ stellt die unzureichende Berufsausbildung in der BRD nachdrücklich unter Beweis. Die Vergleichswerte zeigen, daß in diesem Bereich, der für die Qualifikation der Arbeiterklasse von besonderer Wichtigkeit ist, der Vorsprung der DDR größer ist als in den anderen Bereichen des Bildungswesens. Die allgemeinere Angabe „Anzahl der Schüler pro Lehrer an allgemeinbildenden Schulen insgesamt“ verdeutlicht den Vorsprung der DDR auch bei den anderen Schularten.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Anhaltspunkte für die Höhe des Anteils der Arbeiter, Angestellten und Beamten an dem steigenden Güter- und Leistungsausstoß der Wirtschaft vermittelt die Nettolohnquote, d. h. der Anteil der Nettolohn- und Gehaltssumme am Brutto sozialprodukt.

Vergleicht man die Jahre 1969 und 1965, ergibt sich folgendes Bild:

	Brutto sozialprodukt (BSP) zu jew. Preisen in Mrd. DM	Nettolohn- und -gehaltssumme in Mrd. DM	% Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme am BSP
1965	460,4	168,5	36,6
1969	601,0	206,7	34,4

(Quelle: Siehe Teil 1.4 und 3.3)

Die Nettolohnquote nahm also 1965—1969 um 2,2 Prozentanteile ab. Das bedeutet aber, daß die Arbeiter und Angestellten — hätte 1969 die Nettolohnquote des Jahres 1965 wieder erreicht werden sollen — zum Jahresende 1969 eine

zusätzliche Erhöhung ihrer Nettolohn- und -gehaltssumme um etwa 13,2 Mrd. DM hätten erzwingen müssen. Erst damit hätte die Arbeiterklasse insgesamt wieder ihren Anteil von 1965 erreicht gehabt.

Einen weiteren Einblick in die Einkommensverteilung vermitteln Angaben über die jährlichen Prokopfnettoeinkommen der Selbständigen und der lohnabhängig Beschäftigten:

Durchschnittliches Nettoeinkommen je

	Selbständigen in DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	lohnabhängig Beschäftigten in DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1960	11 687	—	5 160	—
1965	17 368	—	7 716	—
1968	22 650	+ 22,8	8 781	+ 4,7
1969	24 576	+ 8,5	9 444	+ 7,6
1960—69	—	+ 110,3	—	+ 83,0
1967—69	—	+ 33,2	—	+ 12,6

(Quelle: DGB-Berechnungen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 8/1970, S. 461 ff.)

Seit 1960 haben also die Nettoeinkommen der Selbständigen um 110,3 Prozent zugenommen, die der lohnabhängig Beschäftigten dagegen nur um 83,0 Prozent. Der Rückstand ist offenkundig und trat besonders in den Jahren 1967/69 ein: Selbständige + 33,2 Prozent, lohnabhängig Beschäftigte + 12,6 Prozent. Nimmt man das Jahr 1965 als Ausgangsbasis, um die Auswirkungen der Krisenjahre mitzuerfassen, ergibt sich bis 1969 eine Einkommensveränderung je Selbständigen um + 41,5 und je lohnabhängig Beschäftigten um + 22,5.

4.2 Vermögensverteilung

Infolge staatlicher Verschleierungspolitik gibt es in der Bundesrepublik über die Verteilung der Einkommen und Vermögen keine amtliche Statistik. Der Bundesrat lehnte einen 1967 im Bundestag eingebrachten diesbezüglichen Gesetzentwurf ab, und im Bundestag fand er auch nicht die erforderliche Mehrheit.

Der größte Teil des privaten Vermögens ist Eigentum an Produktionsmitteln. Nur ein geringerer besteht aus Geldvermögen, Häusern und dergleichen, weshalb der Schleier um letztere Vermögensbestandteile auch weniger dicht ist. Über die Vermögensverteilung am 1.1. 1960 gibt folgende Tabelle einen gewissen Aufschluß:

Verteilung des Vermögens auf die privaten Haushalte

Vermögen von mehr als ... DM	Zahl der Haushalte	% der Bevölkerung	Vermögen in Mrd. DM	% des gesamten versteuerten Privat- vermögens
100 000	305 000	1,7	66	35
1 000 000	114 000	0,1	28	13
10 000 000	460	0,003	12	4

(Quelle: Die Zeit, 12. Juni 1970)

Die Kapitalkonzentration in den Händen einer kleinen Minderheit, die seit 1960 sicherlich fortgeschritten ist, ist umso bedeutsamer, da jene 1,7 Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des versteuerten gewerblichen Kapitalvermögens besitzen.

Die 28 Mrd. DM von 0,1 Prozent der Bevölkerung setzten sich zusammen aus 80 Prozent Eigentum an Unternehmungen, also an Produktionsmitteln, 10 Prozent Geldvermögen, 7,5 Prozent Grund und Boden. Die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Millionäre vermehrte sich bis 1966 nur geringfügig auf 15 404.

Eine ungefähre Vorstellung von der Verteilung des Volksw Vermögens in privater Hand geben Untersuchungen des ehemaligen Leiters des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Prof. Gleitze:

Die 641 Mrd. DM privaten Volksw Vermögens, die von 1948 bis 1967 gebildet wurden, verteilen sich zu

- 70 % = 449 Mrd. DM auf Selbständige und Unternehmungen,
- 25,7 % = 165 Mrd. DM auf abhängig Erwerbstätige,
- 4,3 % = 27 Mrd. DM auf Rentner.

Zwar stellt die Geldersparnis für die Millionäre nur einen
10

geringen Teil ihres Vermögens dar, ebenso der Hausbesitz. Aber es zeigt sich selbst an diesen beiden weniger bedeutsamen Vermögenskategorien der geringe Anteil der Arbeiterklasse.

Die Unselbständigen, die 80,6 Prozent der Erwerbstätigen ausmachten, sparten 1967 pro Kopf im Durchschnitt 1228 DM, die Selbständigen dagegen 3189 DM. Die Diskrepanz würde noch deutlicher, wenn bei den Unselbständigen die Manager mit einem Jahreseinkommen von über 1 Million und bei den Selbständigen die kleinen Landwirte, Gewerbetreibenden usw. ausgeschlossen wären. (Nach Untersuchungen des Instituts für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Universität Bonn).

Das dritte Vermögensbildungsgesetz, auf dessen Grundlage vermögenswirksame Leistungen von jährlich 624 DM vom Staat prämiert werden, ermöglicht bei jahrzehntelangen Sparleistungen noch nicht einmal den Erwerb einer eigenen Wohnung. Die veranschlagten reinen Baukosten — ohne Grund und Boden usw. — beliefen sich 1967 für eine Wohnung auf durchschnittlich 56 500 DM, bei einer Preissteigerung von mehr als 100 Prozent gegenüber 1960.

Die rasche Preissteigerung der Sachwerte als Ausdruck des Kaufkraftverlustes des Geldes wird immer weniger kompensiert durch die für Ersparnisse gezahlten Zinsen, muß von ihnen doch der prozentuale Geldwertschwind abgezogen werden. Die Spanne zwischen den Wert- und Sachvermögen (Aktien, Häuser), vergrößert sich zusehends. Im Januar 1969 besaßen zwar 88 Prozent der Arbeiterhaushalte ein Sparbuch, aber nur 35 Prozent ein Haus oder Grundstück und nur 10 Prozent Wertpapiere. (Angaben nach: Wirtschaft und Statistik, 6/1970, S. 317).

Die in diesem Jahr häufig unter dem Motto „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ abgeschlossenen Zusatztarifverträge werden infolge ihrer unzureichenden materiellen Substanz an der einseitigen Vermögensbildung zugunsten der Unternehmer nichts ändern. Diese Art Vermögensbildung muß deshalb in erster Linie als Methode des Zwangsparens angesehen werden. Darüber hinaus verfolgt sie den Zweck, die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen vom Kampf um effektive Lohnerhöhungen abzulenken.

4.3 Staatliche Umverteilung

In vorhergehenden Teilen wurde dargestellt, daß infolge der staatlichen Steuerpolitik die Besteuerung der Arbeiterklasse in den vergangenen Jahren absolut und relativ schneller gewachsen ist als die der Unternehmer.

Die Staatseinnahmen und -ausgaben haben heute beachtliche Größenordnungen angenommen und beeinflussen wesentlich den Wirtschaftszyklus und das Wachstum der Wirtschaft.

Von Bedeutung ist vor allem die Ausgabenpolitik des Bundes. Die Ausgaben des Bundeshaushaltes betrugen bzw. werden laut Veranschlagung betragen: 1966 72,5 Mrd. DM; 1969 81,6 Mrd. DM; 1970 89,3 Mrd. DM. Schon im 1. Hj. 1970 stiegen die Ist-Ausgaben gegenüber 1969 10,6 Prozent.

Wichtige Ausgabeposten des Bundeshaushalts 1970 sind u. a. mit 20 Mrd. DM oder 22,4 Prozent des Gesamthaushalts die Rüstungsausgaben, mit 8,5 Mrd. DM oder 9,5 Prozent die Kriegsfolgelasten.

Positionen, auf die direkte Investitionsmittel zum Ausbau der Infrastruktur entfallen, wie Wohnungsbau (0,8 Prozent des Gesamthaushalts), Wissenschaft, Bildung und Forschung (3,6 Prozent) oder Bundesfernstraßen (5,5 Prozent) sind gegenüber dem Rüstungshaushalt minimal ausgestattet. Daran soll sich nach den Haushaltsplänen der Bundesregierung auch 1971 wesentlich nichts ändern.

Was den auf den ersten Blick hohen sogenannten Sozialhaushalt (27,6 Mrd. DM, 30,9 Prozent des Gesamthaushalts) betrifft, so sind in ihm zum überwiegenden Teil die Zuschüsse zur allgemeinen Sozialversicherung enthalten (1970 rund 12 Mrd. DM), weiterhin Kindergeld, Mutterschutz, Sozialhilfe und Kriegsofperversorgung. Die hieraus fließenden Beträge dienen nicht der Steigerung, sondern bestenfalls der zeitweiligen Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Empfänger (Quelle: BMF-Finanznachrichten, Bonn, Nr. 240, vom 19. 8. 1970, S. 14).

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum und Einheit	Größe	Näheres siehe Kennziffer des INFO
1	Bruttosozialprodukt (Schätzungen)			
	a) zu jeweiligen Preisen	1970 / 1969; %	+ 12	1.1
	b) zu Preisen von 1960	1970 / 1969; %	+ 5	1.1
2	Industrieproduktion			
	a) Index	Mai 1970 (1962 = 100)	171	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Mai 1970 / Mai 1969; %	+ 10,7	1.2
3	Industrieumsatz (insgesamt)	April 1970 / April 1969; %	+ 20,4	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie	April 1970 / April 1969; %	+ 14,9	1.2
5	Auftragseingang der Industrie			
	a) gegenüber dem Vorjahr	Mai 1970 / Mai 1969; %	+ 1,1	1.2
	b) gegenüber dem Vormonat	Mai 1970 / April 1970; %	— 10	1.2
6	Exportüberschuß			
	a) absolut	Januar bis Mai 1970; Mrd. DM	5,2	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	Januar bis Mai 1970 / Januar bis Mai 1969; Mrd. DM	— 0,3	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen der verarbeitenden Industrie (Schätzung)	1970 / 1969; %	+ 22	1.4
8	Produktionskapazitäten der verarbeitenden Industrie (Schätzung)	1970 / 1969; %	+ 8	1.4
9	Beschäftigte in der Industrie			
	a) absolut	April 1970; in Mio.	8,6	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	April 1970 / April 1969; %	+ 4,8	1.5
10	Arbeitslose	April 1970; in 1000	98,6	1.5
11	Umsatz der Industrie je Beschäftigten			
	a) absolut	April 1970; DM	5300	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	April 1970 / April 1969; %	+ 15,4	1.6
12	Durchschnittliches Nettoeinkommen je Selbständigen			
	a) gegenüber dem Vorjahr	1969 / 1968; %	+ 8,5	4.1
	b) gegenüber dem Vorvorjahr	1969 / 1967; %	+ 33,2	4.1
13	Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme	1.Vj. 1970 / 1.Vj. 1969; %	+ 16,4	3.1
14	Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	1.Vj. 1970 / 1.Vj. 1969; %	+ 14,4	3.1
15	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen (Zuwachs der Effektivlöhne — Zuwachs der Tariflöhne)			
	a) Arbeiter	1.Vj. 1970; %	+ 5,2	3.1
	b) Angestellte	1.Vj. 1970; %	+ 2,6	3.1
16	Lohnsteuer- und Sozialversicherungsabzüge	1.Vj. 1970 / 1.Vj. 1969; %	+ 25	3.2
17	Veranlagte Einkommensteuer	Januar bis Mai 1970 / Januar bis Mai 1969; %	— 15,4	3.2
18	Nettolohn- und -gehaltssumme	1.Vj. 1970 / 1.Vj. 1969; %	+ 14,8	3.3
19	Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	1969 / 1968; %	+ 7,6	3.3
20	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)			
	a) Index	Juni 1970 / Juni 1969 in Punkten (Index 1962 = 100)	+ 4,6	3.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	Juni 1970 / Juni 1969; %	% 3,8	3.4
21	Kaufkraftsteigerung der durchschnittlichen Monatsnettoeinkommen (Reallohnsteigerung)	1969 / 1968; %	+ 4,9	3.5
22	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter	1969; Stunden	44	3.6
23	Ausgaben des Bundeshaushaltes	1. Hj. 1970 / 1. Hj. 1969; %	+ 10,6	4.3

Hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung der jüngsten Vergangenheit und der gegenwärtigen Tendenzen können folgende Feststellungen getroffen werden:

Soweit die bisher vorliegenden statistischen Daten für das 1. Halbjahr 1970 erkennen lassen, hält der konjunkturelle Aufschwung der Vorjahre — zwar in abgeschwächter Form — vorerst an. Haben sich die Zuwachsraten gegenüber dem vergangenen Jahr auch verringert, so verharret das Wirtschaftswachstum doch auf hohem Niveau. Die Geldentwertung verläuft indes mit größerer Geschwindigkeit als 1969.

Die Zahlen über die Auslandsaufträge, Kapazitätsauslastung, Beschäftigung und Auslandsumsätze deuten auf eine Abschwächung hin. Ob allerdings die Stagnation bzw. Verringerung der Auftrageingänge im April und Mai 1970 schon einen Umschwung signalisiert, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Ebenso verhält es sich mit der leichten Entspannung der Arbeitsmarktsituation im Juli. Auch in diesem Monat stieg z. B. die Zahl der vermittelten ausländischen Arbeiter und der offenen Stellen gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang der Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie (von April bis Juli 1970 von 91,5 auf 90,0 Prozent; vgl. Ifo-Schnelldienst, Nr. 33/34 — 1970, S. 4) steht unmittelbar mit den in diesem Sektor in den letzten 12 Monaten rapide gestiegenen Investitionen zur Kapazitätserweiterung und der nicht im notwendigen Maße wachsenden Massenkaufkraft in Zusammenhang.

Es sollte Klarheit darüber bestehen, daß eine Abschwächung der innerwirtschaftlichen Antriebskräfte nicht mehr wie teilweise 1966/67 durch ein Ausweichen auf Auslandsmärkte kompensiert werden kann. Während die USA damals aufgrund des Vietnam-Booms ihre Exporte einschränkten und ihre Importe ausweiteten, ist gegenwärtig das Gegenteil zu beobachten.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen auf außenwirtschaftlichem Gebiet sind den Warnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) besondere Aufmerksamkeit zu schenken: im 2. Vierteljahr 1970 sei die innere Nachfrage in der BRD zurückgegangen. Erfahrungsgemäß kämen restriktive wirtschaftspolitische Eingriffe zur Dämpfung des Preisauftriebs, der in früheren Perioden begonnen hat, in solchen Situationen zu spät. Nach Meinung des WWI verstärkten im Gegenteil die Maßnahmen der Bundesregierung, wie das Gesetz über die Lohnsteuervorauszahlung, die Gefahr eines Rückschlages. (Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10. 8. 1970)

Die relative Verringerung der Massenkaufkraft stellt eine Ursache restriktiver Tendenzen dar. Sie ist durch die verhältnismäßig starke Erhöhung der Löhne und Gehälter in den ersten Monaten 1970 bei weitem nicht beseitigt. Vielmehr beeinflussen gegenwärtig drei Faktoren die Massenkaufkraft negativ:

- die extremen Preis- und Mietsteigerungen,
- die im Zeitraum der letzten Jahre gegenüber den Gewinnen der Unternehmer nur unzureichend gewachsenen Löhne und Gehälter der Arbeiterklasse,
- die Lohnsteuerprogression sowie Lohnsteuervorauszahlung.

Eine Schlußfolgerung daraus wäre: Die Arbeiterklasse hat in bezug auf Lohnerhöhungen einen großen Nachholbedarf, der in den laufenden Tarifrunden gedeckt werden muß; effektive Lohnerhöhungen stimulieren die innere Nachfrage und tragen damit zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze bei.

Entscheidend wird sein, daß die vielfach geforderten 15 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung effektiv wirksam werden. Gleichfalls ist es angesichts der großen Spanne zwischen Tarif- und Effektivverdiensten erforderlich, eine zusätzliche Erhöhung der tariflichen Lohnbestandteile durchzusetzen, um diese Spanne, die eine der wirksamsten Waffen der Unternehmer in Perioden der Wirtschaftsflaute ist, einzuschränken. Es kann weder im Interesse der Arbeiter und Angestellten, noch der Sicherung von Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstabilität liegen, davon abzugehen, daß eine 15 %ige Erhöhung der Tarif- eine 15 %ige der Effektivverdienste bedeuten muß.

Statistische Begriffe und Abkürzungen:

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich für 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber

1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt einer Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.